

Zu Punkt 5 des Beschluss es des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE vom 23. Januar 2021, welcher auf Antrag des parteiinternen Zusammenschlusses der Emanzipatorischen Linken (EmaLi), dem auch die Parteivorsitzende Katja Kipping nahesteht, vorbereitet und dem mit 90 % zugestimmt wurde.

Wortlaut: „Für DIE LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede*n – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstler*innen und Aktivist*innen zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft“

Bei den vermeintlichen „kritischen Künstlern“ namens Movimiento San Isidro (MSI) handelt es sich um Dissidenten, dessen Galionsfigur der Rapper Denis Solís Rapper mit eigenem YouTube-Kanal durch homophobe Beleidigungen von Polizisten und Beschimpfungen gegenüber dem (ehemaligen) Präsidenten Kubas Raúl Castro aufgefallen ist. Denis Solis bewundert Donald Trump als „seinen Präsidenten“. Donald Trumps Außenminister Pompeo gehört zu den Unterstützern der MSI sowie auch die EU. Das Geld für die MSI fließt aus „exilkubanischen“ Quellen Floridas. Es verdichten sich Hinweise darauf, dass die Protestaktion der „kritischen Künstler“ am 27. Januar 2021 vor dem Kulturministerium in Havanna als Auftritt für die Medien geplant war und ein Teil der dort anwesenden Systemgegner dafür bezahlt worden ist. Neun Teilnehmer waren im Auftrag unabhängiger Medien dort, die von US-Behörden und -Diensten finanziert wurden. Die rechte Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) verbreitete – wie die Tageszeitung ND – es habe Repression, Übergriffe, Gewalt und Unterdrückung gegen ein Bündnis aus Künstlern, Intellektuellen, Bürgerrechtlern und jungen Menschenrechtlern gegeben. Die Bloggerin Rosa María Payá, die laut Steuerunterlagen jährlich 30.000 Dollar von der US-Regierung für 25 Arbeitsstunden pro Woche erhält, erfand, dass es "junge Leute gibt, die von der politischen Polizei Kubas geschlagen und verhaftet werden und verschwunden sind". Von der EmaLi wurde diese Version scheinbar ungeprüft übernommen.

Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde!

US-finanzierte Contra-Medien bejubeln den Beschluss der BRD-Linkspartei als hilfreiche Unterstützung ihrer Aktionen. Der staatlicher US-Propagandasender Radio + TV Martí lobt den Parteivorstandsbeschluss der BRD-Linkspartei als historische Entscheidung:

„Der Parteivorstand der LINKEN kombiniert mit seinem Beschluss vom 23. Januar 2021 Forderungen zur Kuba-Solidarität sowie die richtige Aussage zur universellen Geltung der Menschenrechte mit der Forderung nach einem „Dialog“ mit kubanischen Dissidenten, die ihre Sympathien für die Blockadepolitik der USA offen erklären. Der Parteivorstand der LINKEN und unsere gesamte Partei werden unglaublich, wenn sie für die Solidarität mit Kuba eintreten – gleichzeitig aber den Dialog mit Befürwortern einer kubafeindlichen Politik fordern. Die AG Cuba sí wird auch weiterhin für eine von Respekt und Solidarität getragene Politik gegenüber der kubanischen Bevölkerung und ihrer sozialistischen Regierung eintreten. Wir bitten die Mitglieder der Partei DIE LINKE, in der noch bis Mai 2021 laufenden bundesweiten Kampagne „Unblock Cuba“ zur Beendigung der US-Blockade gemeinsam mit uns aktiv zu werden.“ (Auszug aus der Stellungnahme der AG Cuba Sí vom 4. Februar 2021).

Die Solidarität mit Kuba ist für uns unteilbar!

**Silke Albert
Cuba Sí Chemnitz**